

Filmen auf Demonstrationen – zwischen Vertrauen und Misstrauen¹

Christine Hämmerling

Zusammenfassung

Der Aufsatz betrachtet entlang einer ethnografischen Erhebung den Einsatz von Videokameras auf politischen Demonstrationen. Er verdeutlicht, dass schon während des Demonstrierens Kameras auf das Geschehen einwirken und die gefilmten Akteure sich Gedanken über die spätere Nutzung des Videomaterials machen.

Schon während der Aufnahme

Die Stichworte Medien und Glaubwürdigkeit werden häufig und sinnvollerweise schwerpunktmäßig aus der Perspektive von Rezeption, Inhaltsanalyse, medialem Kanal und möglicher politischer Beeinflussung betrachtet. Eine ethnografische Untersuchung zum Filmen bei politischen Demonstrationen, wie sie hier vorliegt, setzt anders an: Sie nutzt Interviews, teilnehmende Beobachtungen und verschiedene Text-, Bild- und Video-Analysen, um den Prozess der Produktion von Glaubwürdigkeit durch den Einsatz medialer Aufzeichnungsverfahren *in situ* zu begleiten. Dieser Zugang lässt erkennen, dass schon während der Aufzeichnung von Videos deren spätere Nutzung mitgedacht wird. Er macht deutlich, dass das Agieren auf einer Demonstration als eine selbstreflexive Praxis zu deuten ist, zumal die Anwesenden sich darüber im Klaren sind, dass sie bei ihren Handlungen auch audiovisuell erfasst werden könnten. Neben Journalist_innen und Demonstrationsbeobachter_innen stellen daher auch Demonstrierende und Polizeibeamt_innen mitunter eigene Aufnahmen her, um sich in die Erfassung und Repräsentation des Geschehens medial einzubringen.

Ich möchte im Rahmen meines Aufsatzes ferner nachzeichnen, dass nicht allein die Demonstrierenden, Medienaktivist_innen, Journalist_innen und Polizist_innen in diesem Kontext als Handelnde auftreten, sondern dass auch deren Kameras – Smartphones, Überwachungskameras, Fernsehkameras mit Mikrofonstab oder am Polizeifahrzeug angebrachte Einsatzkameras – gewissermaßen zu Akteuren mutieren. Die Sichtbarkeit der Dokumentationsinstrumente provoziert vor Ort Überlegungen darüber, wie die Filmenden politisch einzuordnen sind. Schon während der Filmaufnahme wird gefragt, ob den Filmenden zu trauen ist und ob sie überhaupt

¹ Einzelne Abschnitte dieses Textes finden sich zugleich in folgendem Beitrag wieder: Hämmerling, Christine (2017): „Und Action!“? Filmen als vieldeutige Praxis bei Demonstrationen. In: Ingrid Tomkowiak, Brigitte Frizzoni, Manuel Trummer (Hg.): Action! Artefakt, Ereignis, Erlebnis. Würzburg: Königshausen & Neumann (= Kulturen populärer Unterhaltung und Vergnügung, 4).

filmen dürfen. Hier fallen bereits erste Entscheidungen darüber, welche Bilder später zur Verbreitung oder Beweisführung bereitstehen.

Anhand von Debatten über Bedingungen, unter denen es bei Demonstrationen dazu kommt, dass Filmaufnahmen entstehen, will ich illustrieren, dass Fragen nach Vertrauen und Misstrauen – und damit auch solche nach der Glaubwürdigkeit medialer Berichterstattung – schon vor der Publikation der sogenannten Demo-Videos relevant werden. Ich plädiere mit meinem Beitrag also dafür, nicht allein Inhalte, Netzwerke und Rezeptionsformen zu beforschen, sondern auch die Entstehungskontexte von Nachrichtenmaterialien mit einzubeziehen, wenn nach Medien und Glaubwürdigkeit gefragt wird.

Ich konzentriere mich dabei auf die audiovisuelle Aufzeichnung von Demonstrationsgeschehnissen. Diesen Demo-Videos kommen in unterschiedlichen Handlungs- und Diskursfeldern recht unterschiedliche Funktionen zu: Videos zu politischen Demonstrationen können eingesetzt werden, um zu weiterem Protest zu mobilisieren – quasi als Werbefilm. Demo-Videos werden in gerichtlichen Verfahren als *witness videos* herangezogen. Das alltägliche Handyvideo hingegen kann auf *Facebook* gestellt werden, ohne dass direkte Folgen erkenntlich werden. Zudem gibt es den gegenmedial-politisch motivierten Videoaktivismus und viele weitere Varianten.

Aufbau und Quellenbasis

Im Folgenden werde ich zunächst meinen Zugang und meine Materialien vorstellen, dann am Beispiel einer großen Bündisdemo illustrieren, welche Kriterien Filmteams der großen deutschen Fernsehsender anlegen, wenn sie Demonstrationen filmend begleiten. Weiter komme ich auf das Bedürfnis einzelner Demonstrierender zu sprechen, Gegenbilder zu produzieren und mit der Videokamera politisch aktiv zu werden.

Die darauffolgenden Ausführungen zur Geschichte des Videoaktivismus und des Filmens von Polizeiaktionen sollen verstehen helfen, warum es Befürworter_innen und Gegner_innen von Videos bei Demonstrationen gibt. Ich nenne ein paar Beispiele von Demo-Videos, die zeigen, dass die kurzen Filme eingespeist in politische Verhandlungen eine eigene Wirkmacht entfalten können.

Anhand eines sogenannten *riot videos* zu Ausschreitungen bei einer Demonstration in Hamburg möchte ich sodann für zwei Fragen sensibilisieren, die sich Aktivist_innen bei konfrontativen Demonstrationen oft stellen. Die beiden Fragen lauten: „Warum wird gefilmt?“ und „Wo soll das Material veröffentlicht werden?“. Deutlich wird daran, dass der Umgang von Demonstrierenden mit Kameralenten von der Einschätzung der Situation abhängig ist. Oft sind es spontane, schematische Zuordnungen, die darüber bestimmen, ob den Personen mit Kameras zu trauen ist. Es zeigt sich, dass das Wissen darüber, wer wann wo filmen darf, die Entscheidung über Vertrauen und Misstrauen gegenüber der Videoaufzeichnung beeinflusst.

Die Forschung, auf der dieser Text basiert, greift sowohl auf die Sichtung und Analyse von Online-Beständen zu Demo-Filmen und auf einordnende Schriftstücke zurück, als auch auf ethnografische Interviews mit filmenden Demonstrationsteilnehmenden. Neben einigen Kurz-Interviews auf einer Bündnis-Demo in Hannover und zwei Interviews mit Kamerateams führte ich ein Interview mit einem Polizeisprecher und mit drei weiteren demonstrationserfahrenen Personen in Deutschland. Alle Interviewpartner_innen wurden anonymisiert, die Audiodateien liegen mir vor.

Sendeanstalten filmen „ganz objektiv“

Um einen Einblick zu erhalten, mit welchen Vorstellungen und Zielen Kamerateams öffentlich-rechtlicher Sender und großer privater Sendegruppen an das Filmen von Demonstrationen gehen, interviewte ich ein Kamerateam des ZDF und eines der privaten Sendegruppe RTL bei einer Bündnis-Demo in Hannover gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA im April 2016. Dabei handelte es sich um eine Demonstration, die viele Tausende auf die Straße brachte, von der aber gemäß der Einschätzung der Redakteure wie auch der Polizei wenig Gewalt zu erwarten war. So ging man insbesondere bei der privaten Sendegruppe RTL davon aus, dass die Aufmerksamkeitsspanne der Zuschauenden eine niedrige sei und man zusehen müsse, das Geschehen unterhaltsam darzustellen. Dabei gelte es, „das gesamte Ereignis abzubilden“ (RTL). Man wolle „alle Seiten zeigen“ (RTL), „ganz objektiv [...] die Realität abbilden“ (ZDF) – schließlich war bei der Thematik von Befürworter_innen und Gegner_innen auszugehen. Dafür habe man vorab schon Befürworter_innen angefragt, um Interviews zu sichern (RTL). Aus der Perspektive der Kameraführung sei es zudem wichtig, sehen zu können, dass es viele Menschen seien (RTL). Tonal wolle man die „Atmosphäre mitbekommen“ (RTL). Zudem brauche man natürlich Original-Töne aus Interviews. Die Polizei zu zeigen, sei „absolut nebensächlich, es sei denn, es passiert irgendwas“, so der Redakteur der privaten Sendegruppe. In beiden Gesprächen wurde die neutrale Betrachtungsweise hervorgehoben: „vorurteilsfrei, objektiv“ (ZDF) werde man arbeiten: „Ich sitze auf ’ner Mauer und schaue nach links und nach rechts. Und das, was passiert, versuche ich abzubilden.“ (ZDF)

„Do something“ – Videoaktivismus

Weil viele der Anwesenden dennoch skeptisch waren, ob die Objektivität der Fernsehsender ausreiche, um die ganze Wahrheit ans Licht zu bringen, um selbst „politisch aktiv zu sein“ und um sicherzugehen, dass nicht erneut rechtspopulistische und anti-amerikanistische Bilder die mediale Repräsentation dominieren, waren auch hier weitere Filmende unterwegs. Mein Interviewpartner Tom Immer etwa plante einen eigenen, über politische Themen aufklärenden *YouTube*-Kanal, in den er einen Beitrag über die Freihandelsabkommen einspeisen wollte. Demo- oder auch nur videoerfahren sei er nicht, das werde schon mit der Zeit kommen, hoffte er.

Diese Individualisierung des medialen Protests wird auch professionell beworben. Mit den Fragen „Ever shot a YouTube video? Want to make a difference?“ wirbt das Netzwerk für Videoaktivismus *Brave New Films* für mit Kameras „bewaffnete“ Leute, die „fesselnde Geschichten“ erzählen und verbreiten: „Now is the time to put your creativity and consciousness to good use. [...] ‚Do Something‘ with your creativity, help build a new movement with video activism!“ So formuliert der Verbund *Brave New Films* auf seiner Homepage (vgl. zu den voranstehenden Zitaten „Volunteer to be a video activist“ [o.D.]). Hierbei geht es nicht ausschließlich um das Filmen von Ereignissen bei Demonstrationen, sondern ganze Themenkomplexe sollen kreativ und mitreißend ins Bild gesetzt werden, um auf sie aufmerksam zu machen. Filmausschnitte von Demonstrationen stellen hier nur einen kleinen Anteil.

Dieser Videoaktivismus hat gemäß Ege Berensel, einem Videokünstler und Dokumentarfilmer, Anfang der 1990er Jahre an Zugkraft gewonnen,

„als Videokameras kleiner im Format, billiger im Preis und schließlich sogar in Mobiltelefone integriert wurden, als Programme für den Bildschnitt Einzug auf die heimischen PCs hielten, während gleichzeitig in vielen Ländern die Zivilgesellschaft an Kraft gewann“ (Berensel 2012).

Unter dem Stichwort des „video activism“ (Harding 1998) war das Filmen zu einer Art Bewegung geworden. Eine Bewegung, die auch im deutschsprachigen Raum zu einer Reihe bis heute aktiver Film-Kollektive und alternativer Online-Sender geführt hat. Dazu gehören beispielsweise die Projekte *Graswurzel-tv*, *CrossPoint – Camera is a weapon*, die *Filmpirat*innen e.V.*, *Leftvision*, *Human rights video* (<https://witness.org/>), die bereits genannte Plattform *Brave New Films*, die Seite von „... ums Ganze!“-TV und viele mehr. Schließlich gehört zu der Idee, mit der Produktion eigener Videos Gegenbilder zu schaffen, auch das Misstrauen gegenüber den staatlichen und privaten Medien.

Ege Berensel kommentiert den aus dem Diskursfeld Videoaktivismus erwachsenden Begriff des Guerillafernsehens daher im Kontext von Gegenkultur, DiY-Kultur und Kunst. Er beruft sich auf Michael Shamberg, der den Begriff einst prägte: „Guerillafernsehen ist Basisfernsehen. Es richtet sich direkt an die Menschen, agiert nicht über ihre Köpfe hinweg.“ (Berensel 2012) Das Selbstgemachte mit dem Anspruch auf das Recht, öffentlich zu werden, widerspricht, so Berensel, dem vorherrschenden Verständnis von Kunst, Werk und Autorschaft. Schließlich stilisiert sich Guerillafernsehen als Fernsehen von denen da unten für die da unten in Opposition zu diskursiv als da oben verorteten medialen Zusammenschlüssen.

Aktivistische Film- und Videoarbeit bewegt sich, so argumentiert auch die Filmwissenschaftlerin Julia Zutavern, in einer Art „Graubereich zwischen Kunst und Politik“ (Zutavern 2015, S. 10). Zutavern bezieht sich dabei auf montierte, erzählende Filme über ganze Bewegungen. Wesentliches Merkmal der Bewegungsfilm sei ihre Funktion in politischen Debatten. Um dieser diskursiven Kontextualisierung des Audiovisuellen gerecht zu werden, positioniert sich Zutavern seitens der *Cultural Studies*. Der von den *Cultural Studies* geprägte Filmwissenschaftler David E. James beschreibt den „Bewegungsfilm“ (ebd., S. 13) als performative, sozial konstruktive Praxis:

“In those films that document events whose function is the engagement of media attention in order to publicize certain demands, political action consists of the competition for and the manipulation of information.” (James 1989, S. 225)

Solche Bewegungsfilm entstehen sowohl als historische Dokumentationen als auch als Repräsentation aktueller Bewegungen. Das Videomaterial, mit dem dabei gearbeitet wird, ist häufig schon während der Aufnahme Ausgangspunkt von Diskussionen über Vertrauensfragen. Diesen Umstand möchte ich im Folgenden illustrieren.

Brisantes Videomaterial

Da seitens der Polizei seit den 1990er Jahren mancherorts routinemäßig Kameras im Einsatz sind, kam es seither immer wieder zu der Forderung, auch das Handeln der Polizei müsse gefilmt werden. Dieser Aufruf zum Filmen formierte sich ebenfalls in Videos. Ein jüngerer Beispiel dafür stellt der Clip „Why recording the Police is so important“ (Video „Why recording the police is so important“ 2014) dar. Hier begründet das *Voice Over* die Notwendigkeit, eigene Aufnahmen zu erstellen, mit juristischen Erfahrungen aus der Vergangenheit:

“When someone accuses a police officer of misconduct, it’s often a he said, she said situation. But video is completely changing that. Ever, since a bystander recorded Rodney King being beaten by Los Angeles police in 1991 the power has been in the hands of witnesses.” (ebd., 0:00–0:17)

In Zürich war es schon etwas früher zu der Forderung gekommen, Polizeieinsätze filmend zu dokumentieren: Der Züricher Filmschaffende und Ethnologe Heinz Nigg berichtete jüngst in einem Interview über das Videomaterial, das er zusammen mit seinen Studierenden der Universität Zürich in einem Seminar während der sogenannten Opernhauskrawalle in den frühen 1980er Jahren aufnehmen ließ (Nigg 2001). Ihm sei erst im Nachhinein klargeworden, dass die Seminargruppe „mit den Videoaufnahmen heisses Material“ (ebd., S. 112) besaß. Schließlich habe die Tagesschau „tausend Franken“ (ebd., S. 112) geboten (die sie ablehnten), denn: „[d]en Film als News-Material für einen Fernsehbeitrag zu verkaufen, hätte unsere Sicht natürlich verzerrt“ (ebd., S. 113). Stattdessen organisierte die Gruppe ein eigenes Screening der geschnittenen Materialien. Der Film mutierte, eingewoben in die berühmte Video-Dokumentation „Züri brännt“ (1981), über die Schweiz hinaus zum historisch relevanten Narrativ im Diskurs über Polizeigewalt „[w]egen der Brutalität und Unverhältnismässigkeit des Polizeieinsatzes“, wie Nigg (2001, S. 113) erklärt.

Auch das Filmen von Polizeigewalt beim G8-Gipfel 2001 in Genua, wo der italienische Demonstrant Carlo Giuliani erschossen wurde (vgl. den Dokumentarfilm „Un altro mondo è possibile“ 2001), sowie Debatten zur Kennzeichnungspflicht von Polizist_innen (Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten e.V. 2010; Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen 2010) ließen den Ruf laut werden, Polizeiaktionen müssten gefilmt werden. Man wollte die Gewalt über das dokumentierende Instrument nicht der Staatsmacht überlassen.

Videos in politischen Verhandlungen

Bei Debatten um Demo-Videos geht es oft um die Beweiskraft. Diese Beweiskraft geht über den juristischen Wert der Aufnahme allerdings hinaus. In den Videos wird ferner eine politische Dringlichkeit, Brisanz, Faktizität und Körperlichkeit versinnbildlicht (Hämmerling [vorauss. 2017]). Je nach Schnitt, musikalischer Untermalung und sprachlicher Rahmung vermitteln Filmausschnitte zu Demonstrationen scheinbar authentische Einblicke in soziale Bewegungen.

Videomaterial dieser Art muss als Bestandteil politischer Verhandlungen verstanden werden. Die Spezifik der Videoaufnahme bringt es mit sich, dass sie glauben macht, so, wie im Clip eingefangen, sei es gewesen. Obwohl sie eine begrenzte Perspektive bietet, schafft die Aufnahme Vertrauen in eine Sichtweise. Sie wird zu einem vertrauensstiftenden Akteur.

Dass Demo-Videos Relevanz in politischen Debatten erhalten, gilt heute umso mehr. Video-Clips können in Nachrichten eingebunden und miteinander in sozialen Netzwerken und auf anderen Plattformen geteilt werden. Dass diese Nachrichtenkanäle auch Auswirkungen auf die politische Orientierung haben, hat jüngst Katharina Kleinen von Königslöw (2016, S. 13–15) in ihrer Arbeit über politische Kommunikation in Zeiten individualisierter Mediennutzung nachgewiesen. Zwar wird mit den neuen Medien auch die Halbwertszeit von Dokumenten gesenkt, die Rolle von Narrativen bleibt in Protestbewegungen aber eine wichtige, so Jakob Tanner (2016) von der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.

Manchen Fragen – etwa der nach der Gewaltbereitschaft von Demonstrierenden und Polizist_innen – wird inzwischen vermehrt mit audiovisuellem Material nachgegangen. Beispielsweise gibt es auf *YouTube* Zusammenschnitte zu Gewalt gegen Polizist_innen durch demonstrierende Fußballfans (vgl. das Video „Video der Stadtpolizei Zürich FCZ – FCB Riots“). In anderen Clips geht es um Polizeigewalt, die keine Berechtigung findet. Das bekannteste Beispiel dafür aus dem deutschsprachigen Raum ist der sogenannte Herr im blauen T-Shirt oder Mann in Blau von 2009 (vgl. das Video „Mann in Blau – das Urvideo“): Auf dem recht verwickelten Video ist ein Mann in blauem T-Shirt zu sehen, der sich nach einem Zwischenfall zwischen Demonstrierenden und Polizei Notizen auf Papier macht: Er will die Dienstnummer eines Polizisten notieren, dem er laut Körperverletzung vorwirft. Kurz darauf greift ihn die Polizei an. Das Video wird auf *YouTube* „Urvideo“ genannt, da noch zahlreiche weitere Videos aus anderen Perspektiven auf die Plattform gestellt wurden, die aber grundsätzlich Ähnliches dokumentieren (vgl. den Vortrag Müller-Maguhn 2009). Die Clips konnten in einem juristischen Verfahren eingesetzt werden (vgl. ebd., 0:03:20) und mit ihrem Bekanntwerden verbreitete sich das Filmen der Polizeiarbeit im deutschen Sprachraum erneut.

Vor dem Hintergrund der medialen Wirksamkeit einzelner Demo-Videos möchte ich auf ein jüngeres Beispiel verweisen. In einem auf *YouTube* geteilten Clip (vgl. das Video „(7/9) 21.12.13 15:23Uhr Rote Flora Hamburg Sternschanze“) ist ein Ausschnitt einer privaten Videodokumentation zu sehen. Der Film zeigt die Ausläufe einer Demonstration, die sich unmittelbar vor dem linksautonomen Zentrum *Rote Flora* in Hamburg zu dessen Verteidigung 2013

abspielte. Die Aufnahme repräsentiert einen politischen Diskursstrang, der sich um mehrere Jahrzehnte des Protests gegen Polizeigewalt im urbanen Raum in Hamburg seit der so genannten Schill-Ära (benannt nach dem damaligen Innensenator Ronald Schill) bis in unsere Zeit trägt. Kulturwissenschaftler Ove Sutter (2016, insb. S. 116f.), der kürzlich einen Aufsatz über kreativen Protest in Hamburg veröffentlicht hat, beschreibt darin zunächst, wie es zu den Ausschreitungen im Dezember kam und hebt dabei die Bedeutung des Videomaterials hervor:

“Due to the comprehensive video footage published on social media platforms over the following days, an increasing number of media articles not only criticized the violent protests, but also questioned the behavior of the police (welt.de 2013; Spiegel Online 2013).” (ebd., S. 117)

Die besagte Videodokumentation wirkte in diesem Fall bis in die sogenannten Mainstream-Medien hinein auf die Deutung des Protestes ein, da sie zuvor in Sozialen Netzwerken verbreitet worden war.

Das Filmen als Praxis wird in dieser Video-Dokumentation selbst zum Thema im Film. Im nächsten Abschnitt der Videodokumentation aus Hamburg (vgl. das Video „(8/9) 21.12.13 15:23Uhr Rote Flora Hamburg Sternschanze“) fragt eine Anwesende den Filmenden: „Darf ich mal fragen, warum du das aufnimmst?“ Der Filmende antwortet: „Wir sehen die Polizei.“ Und die Frau fragt weiter: „Und wo willst du das veröffentlichen?“ Diese beiden Fragen stellen sich als typisch für Demonstrationen dieser Art heraus. Aus diesem Grund möchte ich der skeptischen, fragenden Perspektive von Demonstrierenden noch weiter nachgehen.

Interviews mit Demonstrierenden

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, welche Gedanken sich filmende Journalist_innen und Aktivist_innen über ihr Videomaterial machen. Ich habe gezeigt, dass Filme von Demonstrationen brisant werden können und sowohl juristisch als auch ästhetisch Einfluss auf politische Verhandlungen nehmen. Meiner Eingangsthese nach müsste das Aufzeichnen von Videos aber auch seitens der Demonstrierenden bereits während der Aufnahme reflektiert werden. Die beiden eben genannten Fragen gaben mir darauf erste Hinweise. Um diese Perspektive einzufangen, interviewte ich weitere Demonstrant_innen.

Gewaltvermeidende Kamera

Meine Interviewpartnerin, die ich Kristina Reuss nenne, sagte, sie habe bei Demonstrationen gegen Atommülltransporte die Erfahrung gemacht, dass Polizist_innen „nicht ganz so ruppig“ gehandelt hätten, wenn „die Presse“ da gewesen sei: „Sobald natürlich irgendwer mit der Kamera drauf gefilmt hat, waren die natürlich viel ruhiger und haben mehr überlegt, bevor sie gehandelt haben.“ Die Knüppel seien dann einfach weggesteckt worden. Somit habe sie sich über die Filmenden gefreut.

Diese Argumentation steht in einer langen, verschlungenen Tradition: Mit ihr wird eine Kamera in den Fokus gerückt, deren Existenz die Situation einer erweiterten Öffentlichkeit aussetzt,

die somit zeugenhaft und kontrollierend auf das Hier und Jetzt einwirken kann. Dabei unterscheiden Demonstrierende zwischen einer journalistischen, gewaltvermeidenden Kamera, die eine Öffentlichkeit involviert, die ihnen positiv gegenübersteht, und einer polizeilichen Überwachungskamera, von der auszugehen sei, dass sie gegen die Demonstrierenden eingesetzt wird.

Filmende Polizei

Auch aus diesem Grund stehen die *Bodycams*, die nun – wie mir der Polizeisprecher in Hannover im Interview mitteilte – von der Polizei in Niedersachsen getestet werden, in der Kritik. Bei *Bodycams* handelt es sich um in den USA bereits eingeführte Kameras, die Polizist_innen an ihren Uniformen tragen (vgl. zum Diskurs über deren Sinnhaftigkeit Zader 2016; Kolb 2015; Verband Schweizerischer Polizeibeamter 2015). Zwar wurden *Bodycams* für Polizist_innen auch schon von Demonstrierenden eingefordert, um die Gewalt der Polizeikräfte zu minimieren und die Rückverfolgung polizeilicher Übergriffe zu ermöglichen; die Kameras, die nun zum Einsatz kommen, sind aber Modelle, deren Ein- und Ausschaltung vom Polizisten selbst gesteuert wird. Die gewaltvermeidende Wirkung ist demnach einseitig reguliert. Das hängt damit zusammen, dass Polizist_innen nicht überall und immer filmen dürfen. Im Bundesland Niedersachsen ist das Fotografieren und Filmen seitens der Polizei bei Demonstrationen beispielsweise erst dann erlaubt, wenn es zu gewalttätigen Aktionen kommt (vgl. das Interview mit dem Polizei-Pressesprecher in Hannover). Zusätzlich haben die Polizeikräfte in Echtzeit Kontrolle über Überwachungskameras auf öffentlichen Plätzen, wie der Pressesprecher der Polizei mir bestätigte. So ist es der Polizei möglich, die Kameras spontan auf das Geschehen zu schwenken und es aufzuzeichnen, eigene Videos von Handkamera zu erstellen und diese Videomaterialien zusammen mit weiteren personen- und situationsbezogenen Informationen in eine App wie *POLIS* einzuspeisen, deren Daten mit weiteren Behörden live geteilt werden können.

Die Öffentlichkeit, die solche Filme zu sehen bekommt, ist also zunächst auf die staatlichen Behörden beschränkt. Darüber, wie dort mit dem Material umgegangen wird, bestehen Unsicherheiten. Kristina Reuss sagte im Interview: „Ich weiß gar nicht, ob die das nachher krass auswerten oder ob die nur nachher gucken, wenn da irgendwelche Krawalle waren, wer das war.“ Ihr Handeln sei aber daran ausgerichtet, es nicht darauf ankommen zu lassen. Allerdings bemerkte sie selbst Einschränkungen. So verstecke sie ihr Gesicht nicht, wenn sie gerade zusammen mit Personen auf einer Demonstration sei, von denen sie annimmt, dass sie nicht in Situationen verwickelt sind, die die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich ziehen. Sie verhülle ihr Gesicht aber, wenn sie eine „Aktion“ geplant habe. Denn dann sollte man, so Kristina im Interview, „natürlich, wenn alle das machen, das dann auch machen“, sich also ver mummen – als kollektive Geste der Solidarität wie auch zum Selbstschutz. Die Vermummung fungiert hier gemäß Jan Spille und Larissa Denk als „Schutzbekleidung“ (Denk/Spille 2009, S. 219). Ob die Demonstrierenden als Individuen sichtbar oder unsichtbar sein möchten, hängt immer mit der Form des Protestes zusammen.

Filmen zur Identifikation von Strukturen und Einzelpersonen

Die Vermummung erfolgt nicht zwangsläufig nur in Reaktion auf Kameras der Polizei. Auch von Pegida-Anhänger_innen und anderen neonazistischen Gruppen sei Kristina Reuss beim Demonstrieren schon fotografiert worden. Dies deutete sie als „Drohgebärde“ nach dem Motto „Ich habe eure Gesichter“.

Zumal bekannt ist, dass Demonstrierende oppositioneller Gruppen sich gegenseitig filmen, kennen auch meine Interviewpartner_innen Personen, die mehr oder weniger professionell Protestmärsche von Rechtsradikalen dokumentieren. Mit solchen – kommentierten und teils öffentlich zugänglich gemachten – Aufnahmen kann nachvollzogen werden, welche Personen bei welchen Demonstrationen zu sehen waren, ob illegale Symbole mitgeführt wurden etc.

Filmende in Zivil & Videos von Privatpersonen

Wenn Personen in Zivil auf Demonstrationen filmen, hält Kristina Reuss das meist nicht für problematisch. Auch auf der Hannoveraner Bündnis-Demo gegen die Freihandelsabkommen wurde sehr viel von Privatpersonen gefilmt, ohne dass dies problematisiert wurde. Filmende Demonstrierende verfolgten dabei gemäß einzelner kurzer Interviews in Hannover 2016 meist wenig strategische Ziele: Sie wollten sich mit der Handykamera im Gewimmel einen Überblick verschaffen, wollten für sich und Freunde festhalten, wie viele Menschen an der Demo teilgenommen haben, sie filmten aus Langeweile oder hofften, zufällig etwas Interessantes einzufangen, während sie die Kamera auf die Massen oder auf sich selbst richteten. Ihr Filmen entspricht in weiten Zügen dem von Ute Holfelder und Christian Ritter (2015) für Jugendliche untersuchten Handyfilmen im Alltag.

Die eingangs erwähnte Vorstellung, mit dem eigenen Filmbeitrag eine breite Öffentlichkeit für das Thema der Demonstration zu interessieren, ist von den selbstbezüglichen Alltagspraktiken der Smartphone-Aufnahme nicht sauber zu trennen. Manchmal laden Organisator_innen von Demonstrationen sogar dazu ein, Handyfilme online zu teilen, so etwa bei einer Schüler_innen-Demonstration gegen Bildungsabbau in Zürich 2016. Da hieß es vorab: „Wenn ihr gute Fotos oder Videos von Aktionen oder von der Demo schiesst oder dreht, könnt ihr diese gerne an info@kaputtgespart.ch schicken. Dann werden diese ebenfalls online gestellt.“ (vgl. Schüler_innen- und Studierenden-Demo 2016)

Niko Irmgarten und Olivia Zweig – beide sind erfahrene Demonstrierende – ordneten das Filmen durch Personen in Zivil hingegen als potenziell problematisch ein. Wenn jemand aus der Bezugsgruppe trotzdem filmen wolle, heiße es vorab schon: „Du machst nicht mit, wenn du filmst. Dann bist du halt raus“, berichtete Olivia Zweig. Und auch Kristina Reuss ist skeptisch, wenn jemand aus den eigenen Reihen beim Demonstrieren filmt. „Wozu das Ganze?“, frage sie sich, schließlich könnten die Bilder auch noch „in die falschen Hände“ geraten. „Bitte nur Leute, die wissen, wie sie damit umzugehen haben“, mögen bei Demonstrationen filmen, schloss sie.

Mein Interviewpartner Niko Irmgarten ist so jemand, von dem andere davon ausgehen, dass er wisse, wie er mit dem Material umzugehen habe. So kommt es, dass er gelegentlich gebeten wird, bei politischen Versammlungen Aufnahmen anzufertigen. Dabei geht er allerdings vorsichtig vor. Er mischt sich nicht weiter ins Geschehen ein und zieht die Fotokamera dem Video vor. Schließlich geht es ihm gewöhnlich nicht um das Festhalten von Gewaltaktionen, sondern darum, entweder die schiere Präsenz von befreundeten Gruppen bei Demos für die Homepage einzufangen, ohne dass Einzelne identifiziert werden, oder aber er will bei Nazi-Demos gezielt Gesichter festhalten, um rechte Strukturen zu erschließen.

Fragen nach Vertrauen und Wissen

Immer wieder geht es bei der Entscheidung darüber, welchen Menschen mit Kamera zu trauen sei, um Erfahrungswerte, den Grad der Informiertheit und den Umgang mit Wissen. Die Kenntnis der Gesetzeslage sowie regionale und nationale Unterschiede in einer globalisierten Protestkultur führen zu online geteilten Handlungsempfehlungen und Info-Blättern wie „It’s Your Right to Film the Police. These Apps Can Help“ (Ram 2015) oder „Want to Record The Cops? Know Your Rights“ (Kayyali 2015). Anders als die meisten befragten Teilnehmenden der Anti-TTIP/CETA-Demonstration in Hannover kennen meine demoerfahreneren Interviewpartner_innen die Gesetzeslage in verschiedenen Bundesländern und haben Vorstellungen davon, unter welchen Bedingungen sie selbst Polizist_innen fotografieren dürfen.

Das Filmen auf Demonstrationen stellt also eine Vertrauens- und eine Wissensfrage dar. Die Thematik des Vertrauens zeigt sich in zweifacher Logik. Das Misstrauen gegenüber dem staatlich regierten Umgang mit Demo-Videos stellt eine gemeinsame Basis dar für das auf Solidarität setzende Vertrauen, das dem Einzelnen zuteil wird, der eine Gruppe filmen darf. Hier handelt es sich nicht um ein Vertrauen, das allein auf Charisma, Erfahrung, familiärer oder ökonomischer Bindung oder auf Liebe aufbaut. Dies wären Kriterien, die Vertrauensforscherin Ute Frevert nennt (2013). Sondern es handelt sich um das Vertrauen auf ein gemeinsames Verständnis von Solidarität gegenüber einem nicht immer artikulierten Ziel. Der Erfahrungswert von Solidarität wird zur Stütze des durch die persönliche Beziehung gesicherten Vertrauens. Schon in Absprachen, die der Demo vorausgehen, wird eine Begrenzung des Risikos anhand einer „vernünftigen Erwägung von Verlässlichkeit und Regelkonformität“ (ebd., S. 118f.) herbeigeführt, so schreibt Ute Frevert über die Vertrauensbildung.

Zudem ist es ein Vertrauen, das darauf schaut, welche Motive der andere hat. Es schaut auf den Willen des anderen, wie es Martin Hartmann in „Die Praxis des Vertrauens“ ausdrückt (1994, S. 173; vgl. auch Deigh 1996, S. 6). Dieser Wille wird über die Bekanntheit von Individuen in sozialen Strukturen und über Erfahrungswerte abgeleitet. Es ist nicht im engeren Sinne die Person, der hier vertraut wird, sondern vertraut wird einem Wissens- und Erfahrungsnetzwerk.

Diese Vertrauensverhandlungen in den unterschiedlichen an Demonstrationen beteiligten Gruppen sind keineswegs abgeschlossen. Während einerseits professionalisierte Strukturen Regeln aufstellen und Hilfen anbieten, um das Filmmaterial in den Griff zu bekommen, führt andererseits die Allgegenwart von Handykameras und die anhaltende Lust am Videoaktivismus

zu sehr lockeren Umgangsweisen mit der audiovisuellen Aufzeichnung. Tools, die Techniken der Videomontage auch Laien zur Verfügung stellen, lassen immer wieder Zweifel an der Qualität von Videos als Beweismaterialien aufkommen, dennoch sind Apparate wie *Bodycams* und Überwachungskameras weiter auf dem Vormarsch. Es ist also zu erwarten, dass in Zukunft noch mehr Videos aufgezeichnet werden als bisher. Wie diese Materialien aber gesichtet, verbreitet, ausgedeutet oder reglementiert werden, bleibt – zum Glück – noch weiter in Verhandlung.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Berensel, Ege (2012): Vom Guerilla-Fernsehen zum Videoaktivismus, vom Witness Video zum Medienaktivismus: Widerstand mit Videos? [Elektronisches Dokument, bei der Autorin einsehbar].
- Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal) e. V. (2010) vom 23.04.2010 [Elektronisches Dokument]. Abgerufen unter URL: <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/umdrucke/0700/umdruck-17-0759.pdf> [Stand vom 28.06.2017].
- Deigh, John (1996): Morality and Personal Relations. In: Ders.: The Source of Moral Agency. Essays in Moral Psychology. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1-17.
- Denk, Larissa & Spille, Jan (2009): Kleidsamer Protest – Medium und Moden des Protestes. In: Schöneberger, Klaus & Sutter, Ove (Hrsg.): Kommt herunter, reiht euch ein... Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen. Berlin: Assoziation A, S. 210-233.
- Frevert, Ute (2013): Vertrauensfragen. Eine Obsession der Moderne. München: Beck.
- Hämmerling, Christine [vorauss. 2017]: ‚Und Action!‘? Filmen als vieldeutige Praxis bei Demonstrationen. In: Tomkowiak, Ingrid; Frizzoni, Brigitte & Trummer, Manuel (Hrsg.): Action! Artefakt, Ereignis, Erlebnis (= Kulturen populärer Unterhaltung und Vergnügung, Bd. 4). Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Harding, Thomas (1998): Viva comcordistas! Video activism and the protest movement. In: McKay, George (Hrsg.): DiY Culture. London/New York: Verso, S. 79-99.
- Hartmann, Martin (1994): Die Praxis des Vertrauens. Berlin: Suhrkamp.
- Holfelder, Ute & Ritter, Christian (2015): Handyfilme als Jugendkultur. Konstanz: UVK.
- James, David E. (1989): Political Film/Radical Cinema: From Dissent to the Revolution. In: Ders.: Allegories of Cinema. American Film in the Sixties. Princeton: Princeton University Press, S. 116-236.
- Kayyali, Dia (2015): Want to Record The Cops? Know Your Rights. Electronic Frontier Foundation. Defending your rights in the digital world, 16.04.2015. Abgerufen unter URL:

- <https://www.eff.org/de/deeplinks/2015/04/want-record-cops-know-your-rights> [Stand vom 28.06.2017].
- Kolb, Matthias (2015): Amerikas wütende Polizisten. Sueddeutsche.de, 13.10.2015. Abgerufen unter URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/ferguson-und-die-folgen-amerikas-wuetende-polizisten-1.2584675> [Stand vom 28.06.2017].
- Königslöw, Katharina Kleinen von (2016): Politische Kommunikation in Zeiten individualisierter Mediennutzung. Vortrag am 04.04.2016. Antrittsvorlesung an der Universität Zürich. Abgerufen unter URL: http://katharinakleinen.de/wp-content/uploads/2016/05/Antrittsvorlesung_KKvK_Final.pdf [Stand vom 28.06.2017].
- Martino, Joe (2015): Why recording the police is so important [mit Video]. Collective Evolution, 05.06.2015. Abgerufen unter URL: <http://www.collective-evolution.com/2015/07/05/why-recording-the-police-is-so-important-video/> [Stand vom 28.06.2017].
- Müller-Maguhn, Andy (2009): „Die Ereignisse des 12.9. und ihre Folgen“. Vortrag im Rahmen des Chaos Computer Club über die Synchronisation der verschiedenen online geteilten Videos. Abgerufen unter URL: ftp://mirror.fem-net.de/CCC/26C3/mp4/26c3-3705-de-die_ereignisse_des_129_und_ihre_folgen.mp4 [Stand vom ftp://mirror.fem-net.de/CCC/26C3/mp4/26c3-3705-de-die_ereignisse_des_129_und_ihre_folgen.mp4].
- Nigg, Heinz (2001): „Heisses Material aus einer langen Nacht.“ Interview mit Stephan Ramming. In: Ders. (Hrsg.): Wir wollen alles, und zwar subito! Die Jugendunruhen in der Schweiz und ihre Folgen. Zürich: Limmat Verlag, S. 111-116.
- Ram, Alessandra (2015): It's your right to film the police. These apps can help. In: Wired, 05.03.2015. Abgerufen unter URL: <https://www.wired.com/2015/05/right-film-police-apps-can-help/> [Stand vom 28.06.2017].
- Schüler_innen- und Studierenden-Demo (2016) gegen den Abbau in den Sektoren Soziales, Bildung und Kultur: DEMONSTRATION: ABBAU STOPPEN – Gemeinsam gegen Sparmassnahmen vom 28.09.2016, von info@kaputtgespart.ch. In: Kaputtgespart.ch. Abgerufen unter URL: <http://kaputtgespart.ch/> [Stand vom 28.06.2017].
- Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen (2010) vom 18.03.2010. In: Gewerkschaft der Polizei. Abgerufen unter URL: http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_GdP-Niedersachsen_Keine_Kennzeichnungspflicht_fuer_Polizeibeamte [Stand vom 28.06.2017].
- Sutter, Ove (2016): Contesting the Danger Zone. Creative Protest against Police Surveillance in the Post-Fordist City. In: *Ethnologia Europaea* 46 (1), S. 114-131.
- Tanner, Jakob (2016): Chapter 11: Narratives. In: Fahlenbrach, Katharina; Klimke, Martin & Scharloth, Joachim (Hrsg.): *Protest Cultures. A Companion (= Protest, Culture, and Society; 17)*. New York: Berghahn Books, S. 137–145.

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter (Hrsg.) (2015): Position des VSPB. Body-Cams, August 2015. Abgerufen unter URL: http://www.vspb.org/_/frontend/handler/document.php?id=3082&type=42 [Stand vom 28.06.2017].

„Volunteer to be a video activist“ ([o.D.]). In: BraveNewFilms. Abgerufen unter URL: <http://www.bravenewfilms.org/dosomething/videoactivist.php> [Stand vom 28.06.2017].

Zader, Jens (2016): Body-Cams im Polizeieinsatz. Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.

Zutavern, Julia (2015): Politik des Bewegungsfilms (=Zürcher Filmstudien; 34). Marburg: Schüren.

Audiovisuelle Quellen

„(7/9) 21.12.13 15:23Uhr Rote Flora Hamburg Sternschanze“, neu auf *YouTube* gestellt von FredForeign am 23.12.2013. Abgerufen unter URL: https://www.youtube.com/watch?v=_afyvS9pNZc [Stand vom 28.06.2017]. Das Original ist auf Anfrage bei der Autorin einsehbar.

„(8/9) 21.12.13 15:23Uhr Rote Flora Hamburg Sternschanze“, heruntergeladen von *YouTube* im März 2016, auf Anfrage bei der Autorin einsehbar.

„Mann in Blau – das Urvideo“, auf *YouTube* gestellt von RedBand500g am 15.09.2009. Abgerufen unter URL: <https://www.youtube.com/watch?v=DopH0DRef0w> [Stand vom 28.06.2017].

„Video der Stadtpolizei Zürich FCZ – FCB Riots“, auf *YouTube* gestellt von Burkhalter Media am 21.02.2012. Abgerufen unter URL: <https://www.youtube.com/watch?v=KP83UrNgpnA> [Stand vom 28.06.2017].

„Why recording the police is so important“, auf *YouTube* gestellt von vox am 06.10.2014. Abgerufen unter: <https://www.youtube.com/watch?v=LvDWrIDrQnw> [Stand vom 28.06.2017].

„Un altro mondo è possibile“. Italien 2001, Regie: Alfredo Angeli u. a. (DVD: Luna Rossa Cinematografica).

„Züri brännt“. Schweiz 1981, Regie: Videoladen (DVD: Videoladen Zürich).